STADT STEIN AM RHEIN

6. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 17. Dezember 2010, 19.30-21.50 Uhr
Bürgerasyl

Vorsitz:	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Berner	Georg	parteilos	
	Käser	Werner	FDP	a.o. Stimmenzähler
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	Vizepräsident
	Oster	Rolf	SP	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Aktuar
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Weibel	Urs	SP	
	Stadtrat			
	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi	Beat	Polizeichef/Weibel	
	Geschäftsprüfungskommission			
	Häberli	Roland	Präsident	
	Schäffeler	René	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	Rietmann	Katharina	Einwohnerrat	
	Schmid	Werner	Einwohnerrat / Stimmenzähler	
	Oderbolz	Markus	Geschäftsprüfungskommission	
Protokoll:	Vögeli	Werner	Protokollführer	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 29. Oktober 2010
2. Wahl eines Mitglieds der Jugendkommission
3. Voranschlag 2011, Genehmigung
4. Entsorgungsverband Bezirk Stein am Rhein
   Teilrevision der Verbandsstatuten
5. Motion Eimer „Jugendschutz“: Fristverlängerung bis 31. 12. 2011
6. Wahl des Ratsbüros für 2011
   - Präsidentin oder Präsident
   - Vizepräsidentin oder Vizepräsident
   - Aktuarin oder Aktuar
   - Ernennung einer Protokollführerin
   - Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler
7. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni begrüsst die Anwesenden, speziell das neu gewählte Mitglied Georg Berner und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.

Zur Traktandenliste teilt er mit, es könne zusätzlich eine neue Protokollführerin ernannt werden. Dieses Geschäft erfolgt unter Traktandum 6, Wahlen.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Für den entschuldigt abwesenden Stimmenzähler Werner Schmid wählt der Rat stillschweigend Werner Käser.

Traktandum 1
Protokollgenehmigung

Seite 82 Mitte: Berichtigung erster Satz: „Dann verweist Arthur Cantieni auf die zunehmenden Absenzen“. (statt Pendenzen).
Das Protokoll der 5. Sitzung vom Freitag, 29. Oktober 2010 wird mit der genannten Änderung genehmigt.

Traktandum 2

41 05.00.010 KULTUR, Allgemeines, Jugend
Wahl eines Mitglieds der Jugendkommission

Urs Weibel, SP, schlägt **Ruedi Vetterli, parteilos,** vor.

Beschluss:

Ruedi Vetterli wird in geheimer Wahl mit 12 Stimmen gewählt.

Mitteilung an:
Ruedi Vetterli, Hoppihohstrasse 5, 8260 Stein am Rhein
Heidi Schilling, Präsidentin Jugendkommission
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 3

42 02.25.005 FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag
Voranschlag 2011, Genehmigung

Finanzreferentin Heidi Schilling führt aus, der Stadtrat sei einmal mehr erfreut, auch in einem schwierigen und unsicheren Umfeld einen ausgeglichenen Voranschlag vorlegen zu können. Das Budget 2011 beinhaltet eine erneute Steuerentlastung. Mit dieser schrittweisen Senkung des Gemeindesteuerfusses in Folge möchte der Stadtrat ein politisches Zeichen setzen für eine nachhaltige und verlässliche Steuerpolitik. Der durchschnittliche kantonale Steuerfuss liegt aktuell bei 101%. Neu wird der Steuerfuss von Stein am Rhein mit 96% im vorderen Drittel der Gemeinden des Kantons Schaffhausen liegen. Wir können bei den Steuererträgen von einer stabilen Entwicklung ausgehen, die Wirtschaftslage lässt eine leichte Erholung erkennen. Dank kostenbewusstem Umgang in allen Abteilungen der Verwaltung ist unsere Finanzlage gesund. Die praktizierte Drittelsregelung Schuldenabbau / Steuerliche Attraktivierung / Investitionen hat sich in den letzten Jahren bewährt und soll wenn möglich auch in Zukunft weitergeführt werden.

Die laufende Rechnung sieht einen Ertragsüberschuss von 39‘350 Franken vor. Die Bildungskosten sind wie in allen Gemeinden einer der grössten Ausgabenposten. Als Folge von abnehmenden Schülerzahlen konnten sie in den letzten zwei Jahren um 400‘000 Franken gesenkt werden. Unser aktueller Bildungskostenanteil beträgt 38% der Gesamtkosten.

Kostentreibend sind erhöhte Beiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien und ans Altersheim. Die finanziellen Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung des Bundes sind zurzeit erst ansatzweise bekannt. Dies ist jedoch eine Entwicklung, die von der Stadt nicht direkt beeinflussbar ist; wir haben sie zu akzeptieren.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag geprüft und dem Stadtrat einige Änderungsanträge gestellt. Diese wurden an diversen Besprechungen mit den einzelnen Stadträten bereinigt. Gemeinsam konnten vertretbare Kompromisse gefunden werden. Die Diskussionen verliefen sehr konstruktiv und führten zu guten Resultaten.

Zur Investitionsrechnung: Die geplanten Sanierungsarbeiten im Altersheim starten mit einem Umfang von Fr. 500‘000 gemäss Konzept für die Instandhaltung und energetische Sanierung des Heimes. Die Erneuerung der Computeranlagen an den Schulen, die Restkosten für die Planung der Sporthalle HOGA, diverse Wasser- und Werkleitungen, der geplante Anteil an die Strandbadsanierung sowie die Sanierung des Chirchhofplatzes, die Räumung des Eggli-Areals ergeben einen Betrag von 3,6 Millionen Franken. Dank den kostendeckenden Gebühren und Einnahmen kommt es zu keiner Neuverschuldung. Die Tatsache, dass das Parkhaus am 28. November 2010 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, hat keinen unmittelbaren Einfluss auf den Voranschlag 2011. Die Ablehnung des Projekts wird im Kommentar zum Voranschlag erwähnt, und auch die Bildlegende auf der Titelseite des Budgets wird selbstverständlich noch angepasst.

Zum Finanz- und Investitionsplan

Der gültige Finanzplan gibt einen Ausblick auf die mutmassliche Entwicklung bis zum Jahr 2013. Der Stadtrat wird sich im Februar 2011 anlässlich einer Tagung mit dem Finanzplan auseinandersetzen und den Aufwand genau überprüfen. Für Investitionen haben wir jährlich eine Million Franken zur Verfügung, ohne dass eine Neuverschuldung eintritt. Deshalb wird es notwendig sein, bei allen Vorhaben die Finanzierung sorgfältig zu prüfen. Anhand einer Auslegeordnung wird der Stadtrat die Aufga-

ben und Projekte priorisieren und sorgfältig überprüfen, welche Bedürfnisse und Wünsche vereinbar sind mit unserem finanziellen Spielraum. Sobald der aktualisierte Finanz- und Investitionsplan vorliegt, wird er dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Heidi Schilling bedankt sich bei allen, die am Budget 2011 mitgearbeitet haben, allen voran dem Zentralverwalter Martin Furger, dann dem Stadtrat, der Verwaltung, der GPK und dem Einwohnerrat. Wir alle sind uns bewusst, dass unsere Stadt massgeblich entlastet wird durch die grosszügige Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Ein herzliches Dankeschön geht daher auch an diese. Die Finanzreferentin bittet den Einwohnerrat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Roland Häberli, Präsident der GPK, unterbreitet dem Rat die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission. Er verweist auf Seite 103 des Voranschlags, wo im Bericht und Antrag die wichtigsten Punkte festgehalten sind. Damit erfüllt die GPK den Wunsch des Stadtrates und des Einwohnerrates nach einer frühzeitigen Information.
Bei der Behandlung des Voranschlags 2011 nahm die GPK eine Änderung des Arbeitsvorgehens vor. Die Problempunkte in der ersten Fassung wurden jeweils sofort mit den zuständigen Stadträten und Chefbeamten besprochen. Dann wurden an einer Sitzung mit Stadtpräsident Franz Hostettmann und der Finanzreferentin Heidi Schilling die Standpunkte des Stadtrates und diejenigen der GPK diskutiert. Damit konnte für viele Positionen eine gemeinsame Lösung gefunden werden. An der Schlusssitzung mit dem Stadtrat und dem Zentralverwalter Martin Furger wurden dann auch die letzten offenen Fragen geklärt. Die GPK steht jetzt voll und ganz hinter dem vorliegenden Budget 2011. Sie ist überzeugt, dass damit auf Grund des vorliegenden Wissensstandes eine realistische Vorhersage der im kommenden Jahr zu erwartenden Rechnung wiedergegeben wird. Der Spielraum bei den Ausgaben ist sehr klein, und auch bei den Einnahmen sind ohne ausserordentliche Einflüsse keine grossen Abweichungen zu erwarten.
Selbstverständlich hat die GPK auch bei diesem Budget sehr viele Einzelpositionen geprüft, besprochen und wo notwendig mit den zuständigen Gremien diskutiert. Es würde zu weit führen, alle diese Positionen hier aufzuzählen. Darum wird die GPK bei der Detailberatung sofern gewünscht ihre Stellungnahme darlegen.
Leider fehlen der neue Finanzplan 2012 bis 2014 und die aktualisierte Planungsrechnung der Wasserversorgung und der Kanalisation noch. Durch die Abstimmungsresultate dieses Jahres müssen speziell bei den Investitionen die Prioritäten neu gesetzt werden. Der Stadtrat wird sich damit im Februar 2011 befassen. Die GPK wünscht sich eine baldige Information über die Planung der Investitionen.

Eintretensdebatte
Urs Weibel, SP, unterbreitet dem Rat die Stellungnahme seiner Fraktion. Wenn ein Voranschlag mit einer schwarzen Null abschliesst und darin eine weitere einprozentige Steuerfusssenkung enthalten ist, ist das ein Zeichen dafür, dass die Verantwortlichen, Stadtrat und Verwaltung, ihre Arbeit umsichtig und sorgfältig ausführten, Wünschbares strichen und die städtischen Finanzen sich in einem guten Zustand befinden. Deshalb bedankt sich die Fraktion beim Stadtrat, beim Zentralverwalter und bei der GPK.
Ein positives Budget ist grundsätzlich anzustreben, denn die öffentliche Hand sollte in der laufenden Rechnung keine Schuldenwirtschaft vorleben. Es bleibt zu hoffen, dass Stein am Rhein nicht wie die Stadt Schaffhausen mit einem beinahe dramatischen Einbruch der budgetierten Steuereinnahmen konfrontiert wird. Die schwarze

Null darf aber auch nicht dazu verleiten, dass wir über das Budget leben, denn in einigen Bereichen ist wenig Luft für Zusätzliches, Besonderes und Unvorhergesehenes, zumal beispielsweise im Bereich der Spitexorganisation und der Bildung Änderungen auf uns zukommen, deren Kosten noch nicht bekannt sind.
Die SP-Fraktion ist trotzdem nicht restlos zufrieden mit dem vorliegenden Budget. Sie geht mit der GPK einig, dass ein verbindlicher Finanzplan vorgelegt werden muss, in welchem auch die grösseren Investitionen in den Bereichen Wasser, Abwasser und Wärmeverbund enthalten sein müssen. Es ist allen klar, dass der Finanzplan einer rollenden Planung unterliegt. Trotzdem sollten die grösseren und kleineren Brocken auf einer Zeitachse aufgelistet werden, damit wir über das aktuelle Jahr hinausblicken, im Voraus vernünftige Prioritäten setzen und proaktiv im jeweils aktuellen Budget darauf reagieren können.
Der Finanzplan darf kein unverbindliches Wunschkonzert sein, sondern muss in der Diskussion im Stadtrat auf das Realisierbare dimensioniert werden. Die damit erreichte Verbindlichkeit soll dann als Richtschnur gelten.
Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass trotz des zu erwartenden positiven Ergebnisses die Ausgaben im Vergleich zu 2010 nicht zurückgehen, sondern wachsen, allerdings moderat. Stetig steigen zum Beispiel die Kosten für IT in den Schulen, im Altersheim und in der Verwaltung. Es ist klar, dass es ohne sie nicht mehr geht und sie uns trotzdem im Alltag kostenmässig nicht in gleichem Masse entlastet. Auch die Ausgaben für den Tourismus nehmen wiederum zu. Es ist der Fraktion bewusst, dass gewichtige Budgetposten von Stein am Rhein nicht beeinflusst werden können. Beispiele dafür gibt es viele, augenfällig in diesem Jahr sicher im Bereich der Prämienverbilligung bei der Krankenversicherung und beim Altersheim. Die Komplexität der übergeordneten Rahmenbedingungen und die Frequenz ihrer Änderungen haben längst das erträgliche Mass überschritten.
Bei den Investitionen stehen für die SP-Fraktion die Sporthalle HOGA, die Alterswohnungen, die Sanierung des Altersheims und die Bahnhofunterführung sowie die notwendigen zukunftsorientierten Investitionen in die Infrastruktur (Wasser, Abwasser etc.) zuoberst auf der Prioritätenliste. Sie ist der Ansicht, die Stadt müsse vorrangig in diese Projekte investieren, nicht nur Geld, sondern auch Arbeitszeit, Gestaltungs- und Durchsetzungswillen. Bei einigen der vielen anderen Projekte sollte jetzt eine Denkpause eingeschaltet und folgende Fragen gestellt werden:

- Wo stehen wir?
- Wohin soll sich Stein am Rhein entwickeln?
- Welches sind die dringendsten Bedürfnisse, welche es zu lösen gilt?

Diese Aufforderung entstand nicht zuletzt aus der Stimmungs- und der Abstimmungsanalyse der Parkhausvorlage. Wir sind zwar eine Stadt mit einer Million Besuchern jährlich und haben dank der Jakob und Emma Windler-Stiftung fast einmalige finanzielle Möglichkeiten. Trotzdem aber bleiben wir eine Stadt mit 3'200 Einwohnern, und gerade in der Verwaltung sind wir auf diese bescheidenen Verhältnisse ausgerichtet, was sich unter anderem bei der Anzahl der zu bewältigenden Projekte zeigt. Die Aufforderung, Prioritäten zu setzen, gäbe die Fraktion gerne dem Stadtrat mit als Thema für die nächste Klausurtagung.
Die Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

Ursula Knecht, FDP, erklärt, die bürgerliche Fraktion danke dem Stadtrat, der Finanzreferentin, dem Zentralverwalter und der GPK für die grosse Arbeit, die hinter diesem Voranschlag stecke. Einen weiteren Dank richtet sie an die Jakob und Emma Windler-Stiftung.

Dank dem Abwägen zwischen wünschbaren, notwendigen und auf finanzierbares reduzierte Vorhaben liegt heute Abend ein ausgeglichener Voranschlag vor. Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von 3,5 Millionen Franken vor. Diese können zu rund 75 Prozent durch kostendeckende Gebühren und Einnahmen finanziert werden. Es ist der Fraktion ein Anliegen, dass auf Grund geplanter Investitionen keine Neuverschuldung erfolgt.
Auch dieses Jahr kann der eingeschlagene Weg der moderaten Steuersenkung trotz hohen Investitionen weitergeführt werden, was als sehr positiv gewertet wird. Die Fraktion hofft, dass die verbesserte Wirtschaftslage positiven Einfluss auf die Steuereinnahmen von juristischen Personen zur Folge haben wird.
Die Entwicklung der infolge der neuen bundesrechtlichen Vorgaben im Alters- und Pflegewesen anfallenden Kosten ist sicherlich im Auge zu behalten. Positiv sieht die Fraktion das Vorhaben, die Spitexleistungen im Bezirk Stein zusammenzufassen.
Des Weiteren hat die Fraktion den Bericht der GPK studiert. Sie erachtet die Vorschläge zu einzelnen Punkten als nachvollziehbar und sinnvoll. Diese Punkte werden einen nachhaltigen Einfluss auf die Aussagekraft kommender Voranschläge und Rechnungen ausüben. Die Einwohnerräte können sich vermehrt auf diese Punkte abstützen. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

André Ullmann, Pro Stein, führt vorneweg aus, seine Fraktion befürworte einstimmig Eintreten und werde den Anträgen des Stadtrates zustimmen.
Die Pro Stein hatte in der Beurteilung des Voranschlages den Finanzplan stark vermisst. Sie wurde aber nachträglich über die Gründe informiert. Aus drei Gründen aber ist diesmal dessen Fehlen kein Beinbruch: Die Ablehnung des Parkhauses hat keinen Einfluss auf diese Rechnung; die Zehnjahresrechnung der separaten Rechnungen Wasser, Kanalisation und Wärmeverbund wurden integriert; und der vorliegende Voranschlag zeichnet sich aus durch Gradlinigkeit. Dennoch wiederholt André Ullmann seine Aussage, die er vor einem Jahr hier gemacht hat. Unabhängig vom Parkhaus beabsichtigt der Stadtrat die Realisierung einiger Grossprojekte, welche durch Steuereinnahmen zu finanzieren sind. Aus Sicht der Pro Stein ist es unumgänglich, dass der Stadtrat insbesondere für diese Grossprojekte in den nächsten Monaten eine Priorisierung vornimmt und diese auch kommuniziert.
Zur Beurteilung des Voranschlages 2011 führt André Ullmann Folgendes aus:
Strukturell beinhaltet der Voranschlag drei nennenswerte Veränderungen:

- Die klaren, transparenten Verrechnungen unter städtischen Betrieben, welche durch die GPK angeregt wurden, werden dankend zur Kenntnis genommen.
- Die Folgen der Integration der Feuerwehr Hemishofen sind positiv. Der Aufwandüberschuss gegenüber dem Voranschlag 2010 und der Rechnung 2009 sinkt, und dies trotz einmaliger zusätzlicher Aufwendungen im Bereich Ausbildung.
- Die Folgen der Neuregelung der Pflegefinanzierung sind für das Altersheim neutral, allerdings aber nur durch den Einsatz der Windler-Stiftung, welche die ungedeckten Betreuungskosten übernimmt, im Voranschlag 2011 immerhin 200'000 Franken.

Zu den Details des Voranschlages stellte die Fraktion folgende positive Punkte fest:

- Der Stadtrat hält an der eingeschlagenen Steuerfusspolitik fest.
- Rund 75 % der geplanten Investitionen können durch kostendeckende Gebühren und Einnahmen finanziert werden. Es gibt also keine eigentliche Neuverschuldung.
- Der GWP wurde auf Grund des neuen Brandschutzgesetzes überprüft, diverse Projekte werden vorgezogen.

- Im Tiefbau sind verschiedene Sparanstrengungen sichtbar. Die detaillierten Kommentare zeigen auch die Denkenshaltung des Stadtrates und der einzelnen Betriebe. Der Personalbestand ist mit Ausnahme des Alters- und Pflegeheimes stabil.
- Im Bereich Bildung ist, vor allem bei der Besoldung und den Sozialleistungen, durch den Wegfall von zwei Klassen an der Primarschule und die Einstellung jüngerer Lehrer mit tieferer Einstufung an der Orientierungsschule eine grössere Entlastung eingetreten. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren wieder ansteigen und diese Entlastung damit wahrscheinlich nur vorübergehender Natur sein wird.
- Die Abschreibungen werden auf Grund der knappen Mittel sinnvoll bemessen, indem wir uns mit sinnvollen Ausnahmen auf die gesetzlichen Vorgaben beschränken. Das ist ein weiteres Zeichen, dass in diesem Budget das Notwendige vom Unwichtigen getrennt wird.

Daneben hat die Fraktion folgende Problempunkte identifiziert:

- Beim Parkplatzfonds nehmen die Belastungen zu, die Wirkung der Taxerhöhung bleibt teilweise aus.
- Zum Projekt „Enjoy Switzerland“ fehlen Informationen. Das Budget enthält nur das Vorprojekt. Dazu werden in der Detailberatung Fragen zur Finanzierung gestellt.
- Auch zu „Deutsch für Ausländer“, wozu vor einiger Zeit eine Vorlage im Einwohnerrat behandelt wurde, stellen sich noch Fragen.

Bei der Investitionsrechnung sind heute nur die Instandhaltung und Sanierung des Altersheims und die Anschaffung eines Bergmähers zu bewilligen. Alle anderen Punkte kann der Einwohnerrat mittels detaillierter Vorlagen noch beraten und definitiv darüber befinden.

Insgesamt überzeugt der Voranschlag. Die Pro Stein ist mit der allgemeinen Linie des Stadtrates einverstanden. Über die Zahlen hinaus ist der Voranschlag qualitativ ausserordentlich hoch stehend. Die Fraktion spricht allen, die daran mitgewirkt haben, ein Kompliment aus, dankt der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die Unterstützung und der GPK für ihre Arbeit. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Parkhaus steht die Stiftung momentan nicht im besten Licht; im Zusammenhang mit dem Budget aber müssen wir klar sehen, dass es ohne sie wesentlich anders aussehen würde.

Detailberatung

Pos. 029.315.00, IT - Netzwerk: **Urs Weibel, SP,** fragt sich, ob sich die Anschaffung der Reservationssoftware lohne. Wird dadurch die Verwaltung tatsächlich entlastet? **Stadtschreiber Stephan Brügel** erhofft sich davon Vereinfachungen und Entlastungen, besonders im Bereich Reservationen.

Pos. 210.319.01: **Richard Schlatter, Pro Stein,** erkundigt sich nach dem Aufwand für Aktivitäten des Elternrates. **Schulreferentin Heidi Schilling** führt aus, das Konzept geleitete Schulen enthalte auch einen Elternrat. Die Fr. 1'000 werden gebraucht für Aktivitäten dieses Gremiums. **Richard Schlatter** erkundigt sich weiter, ob der Elternrat tatsächlich ein Bestandteil der Schulrechnung sei, was **Heidi Schilling** bejaht.

Pos. 210.315.00 und 212.315.00: **Franz Marty, CVP,** geht davon aus, dass darin die beiden Homepages enthalten sind. Er erinnert sich, dass das früher als separate Position aufgeführt wurde. Warum wird nicht eine einzige Homepage für beide Schulhäuser geführt? Die Stadt Winterthur hat für alle ihre Schulhäuser eine einzige. **Schulreferentin Heidi Schilling** erklärt, das sei noch nie diskutiert worden, mache

aber Sinn. **Ursula Knecht, FDP,** wendet ein, die Position habe nichts mit der Homepage zu tun. Diese wird von der Schulleitung bewirtschaftet. **Franz Marty** hält an seiner Ansicht fest, eine Homepage genüge.

Pos. 293.265.00: **André Ullmann, Pro Stein,** erklärt, diese Position habe in seiner Fraktion zu Diskussionen geführt. Es wurden Vergleiche mit anderen Gemeinden angestellt. Neuhausen bietet Deutsch für Fremdsprachige zu tieferen Preisen an. Einer der Gründe ist, dass nicht nur die Mütter Deutsch lernen, sondern auch eine Kinderbetreuung stattfindet. Welche Erfahrungen werden damit gemacht? Besteht die parallele Kinderbetreuung? **Sozialreferent René Meile** antwortet, die Erfahrungen seien gut. Integration verursacht Kosten. Die Verwirrung in Neuhausen wurde unterdessen geklärt, die Kinderbetreuung anders organisiert; das Angebot ist gleich teuer wie bei uns. Es wurde auch geprüft, ob es andere Anbieter gebe. Das ist im Moment nicht der Fall.

Pos. 342.314.00: **Richard Schlatter, Pro Stein,** stellt in den letzten drei Jahren eine grosse Diskrepanz zwischen Ertrag und Aufwand fest. Vor eineinhalb Jahren wurde ein Vorstoss wegen der Überarbeitung des Bootsplatzreglements behandelt. Wie ist der Stand in dieser Sache? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** führt aus, der Stadtrat habe die Vorgaben des Einwohnerrates aufgenommen. Eine Offerte für einen Occasionsschwimmsteg liegt vor. Der Stadtrat ist aber der Meinung, ein Ersatz sei nicht sinnvoll, die Kosten nicht gerechtfertigt für die kurze Zeit, bis die Neugestaltung der Schifflände an die Hand genommen wird. Er weiss, dass er das Bootsreglement überarbeiten muss, will jedoch einen angekündigten Vorstoss des Kantons abwarten und dann das Reglement anpassen. **Werner Käser, FDP,** erklärt, das Postulat betreffend die Aufwertung des Bootshafens sei vom Einwohnerrat am 26. Februar 2010 einstimmig überwiesen worden. Im Laufe der Diskussion wurde mit dem Stadtrat eine Übereinstimmung erzielt, dass grosse Investitionen im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt Rheinufersanierung zu betrachten seien. Der Sprecher hielt in der Beratung aber fest, dass dies den Stadtrat nicht davon entbinde, für den Unterhalt der Anlagen und wo möglich für punktuelle Verbesserungen zu sorgen. Er entnimmt dem Voranschlag nun, dass keinerlei Ausgaben für punktuelle Verbesserungen vorgesehen sind, dass im Gegenteil der Budgetposten von Fr. 9'000 im Jahr 2010 auf Fr. 3'000 im Jahr 2011 zurückgestutzt werden soll. Er liess sich die detaillierten Kontoblätter geben und stellte dabei fest, dass der Aufwand für den Unterhalt der Anlage im Jahr 2010 ganze Fr. 2'269.85 betrug.

Zwei Mal hat er in der Zwischenzeit den Stadtrat darauf aufmerksam gemacht, dass ein Occasionssteg zur Verlängerung des Gästesteges günstig zu erhalten wäre. Beim ersten, demjenigen in Diessenhofen, kamen wir zu spät, da dieser zwischenzeitlich im Katharinental Verwendung gefunden hatte. Jetzt steht wieder ein Steg zur Verfügung. Die Firma Neuweiler würde der Stadt Stein am Rhein einen zehn Meter langen Steg für rund 17'000 Franken überlassen. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen. Der Stadtpräsident teilte Werner Käser im November 2010 mit, der Stadtrat werde über diesen nicht budgetierten Posten beraten. Seither hat er in dieser Sache nichts mehr gehört. Er beantragt deshalb dem Einwohnerrat, im Voranschlag 2011 unter Position 342.314.00 einen Betrag von Fr. 20'000 für Lieferung und Montage dieses Stegs aufzunehmen. Damit wäre mindestens budgetmässig ein Hindernis beseitigt, um notwendige Verbesserungen an die Hand zu nehmen. Dies um so mehr, als das Projekt Gesamtsanierung des Rheinufers nach der Ablehnung des Parkhauses zeitlich auf unsichern Füssen steht. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** teilt mit, der Stadtrat habe die Anschaffung dieses Steges inzwischen abgelehnt. **Baureferent Beat Hug** relativiert diese Aussage. Das Geschäft liegt noch bei ihm; er

muss noch Gespräche mit dem Bootsclub führen. **Guido Lengwiler, Pro Stein,** unterstützt Werner Käser. Diese Anschaffung ist sinnvoll.

Mit 11 gegen 1 Stimme wird der Antrag Werner Käser, Pos. 342.314.00 um den Betrag von 20'000 Franken zu erhöhen, angenommen.

Pos. 340.301.00: **Guido Lengwiler, Pro Stein,** weist auf die hohen Ausgaben für die Besoldung der beiden Bademeister hin. 82'000 Franken für zwei Bäder, die dreieinhalb Monate offen sind, sind ein hoher Betrag. Er bittet den Stadtpräsidenten, diesen im Auge zu behalten. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bestätigt, dass er die Zahlen kennt.

Pos. 330.314.07: **André Ullmann, Pro Stein,** kommt zurück auf die 90'000 Franken für eine Projektstudie für ein übergeordnetes Gartenprojekt, genannt „Enjoy Switzerland". Für die Stadt Stein am Rhein entstehen im Moment keine Kosten, weil ihr Anteil von der Windler-Stiftung übernommen wird. Aber gilt das auch für die Kosten, die bei der Realisierung des Projekts entstehen? Liegt eine diesbezügliche Zusage vor? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, es gehe jetzt zunächst um die Ausarbeitung eines Konzepts für eine nachhaltige Aufwertung der Tourismusregionen Thurgau / Untersee / Bodensee / Schaffhausen. Das geschieht im Rahmen des Programms „Enjoy Switzerland". Es ist vorgesehen, Projekte für sieben Gärten an folgenden Standorten auszuarbeiten: Unteruhldingen, auf der Insel Reichenau, in der Kartause Ittingen TG, auf der Insel Mainau, auf Schloss Arenenberg und im nahen Kanton Thurgau ein Pommarium. Die Gegend rund um und in Stein am Rhein ist für ein Projekt für einen zeitgenössischen Garten vorgesehen. Es wurde eine Kostenbeteiligung von Fr. 2'500 beschlossen mit einer unverbindlichen Absichtserklärung, unsere Stadt bis auf weiteres in das Projekt mit einzubeziehen. Jetzt sollen die einzelnen Projekte in den Gemeinden näher analysiert werden. Die Arbeitsgruppe erarbeitet zunächst Grundideen. Was dann übernommen wird, ist zurzeit noch nicht bekannt. Sobald dies der Fall ist, wird die Bevölkerung orientiert. Was übernommen werden kann, wissen wir heute noch nicht. Bevor die Umsetzung beginnt, muss die Finanzierung geklärt werden. **Rolf Oster, SP,** erkundigt sich, ob schon bekannt sei, welches Gebiet in Stein am Rhein in Frage komme. Wir haben das Geld nicht für solche Dinge; wir verfolgen andere Projekte für die Tourismusförderung. Gibt es bereits ein Konzept? Das wäre wichtig. **Baureferent Beat Hug** hat Mitarbeiter dieses Projekts durch Stein am Rhein geführt. Das sind Schweizer Topleute mit internationalem Renommee. Sie waren fasziniert von unserer Umgebung. Es wird nichts Neues erfunden, sondern es werden bestehende alte Gärten aufgenommen und vernetzt. Auch Verkehrsplaner sind involviert. **Rolf Oster** wendet ein, auch Stein am Rhein erarbeite in Kommissionen, ebenfalls mit Fachleuten, Konzepte in dieser Richtung. Werden diese Arbeiten koordiniert? **Beat Hug** bejaht; die Leute haben alle unsere Unterlagen erhalten. **Rolf Oster** regt an, darüber eine Vorlage an den Einwohnerrat zu verfassen. **Beat Hug** verneint; es geht erst um eine Machbarkeitsstudie. Es wird abgeklärt, ob Stein am Rhein überhaupt eine Chance habe, in dieses Projekt aufgenommen zu werden. **Rolf Oster** wünscht, dass die Bedürfnisse näher abgeklärt werden. Er stellt den Antrag, die 90'000 Franken aus dem Budget zu streichen und in einer separaten Vorlage im Einwohnerrat vorzubringen. **Beat Hug** hat nichts gegen den Antrag. Es ist aber bereits ein klarer Auftrag vorhanden; der Schlussbericht wird im März 2011 erwartet. **Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** präzisiert Rolf Osters Antrag wie folgt: Die in Pos. 330.314.07 enthaltenen Fr. 90'000 werden aus dem Voranschlag gestrichen.

Abstimmung: Der Antrag Oster wird mit 8 Nein- gegen eine Ja-Stimme bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Pos. 440.319.01: **Urs Weibel, SP,** möchte wissen, ob bei der neuen Spitex-Organisation in finanzieller Hinsicht Klarheit bestehe. **Sozialreferent René Meile** antwortet, es habe einen langen Umweg gebraucht, doch jetzt kommt es so wie er es sich gewünscht hat: Wir können im oberen Kantonsteil eine eigene Lösung anbieten. Die Gemeinderäte von Stein am Rhein und Ramsen haben dem Vertrag bereits zugestimmt, Hemishofen und Buch befürworten ihn. Der Antrag an die Kantonsregierung wurde gestellt. Der Entscheid wird noch dieses Jahr gefällt. Die regionale Spitex kann per 1. Juli 2011 eingeführt werden. Der Stützpunkt liegt in Stein am Rhein, Ramsen wird eingebunden und übernimmt gewisse Funktionen. **Franz Marty, CVP,** nimmt an, der Kompromiss sei erst in den letzten Tagen gefunden worden, was **René Meile** bestätigt. **Urs Weibel, SP,** erkundigt sich, ob zu den finanziellen Auswirkungen bereits Aussagen möglich seien. **René Meile** verneint. Die Abstimmung über die Revision des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes findet erst im Februar 2011 statt. Der Ausgang ist offen. Einer der strittigen Punkte ist die Finanzierung der Spitex. Ein Budget ist nicht vorhanden; da ist noch Knochenarbeit zu leisten.

Pos. 571.318.00: **Urs Weibel, SP,** erkundigt sich nach dem Stand der Planung in Sachen Alterswohnungen. **Sozialreferent René Meile** antwortet, der Stadtrat habe einen Kredit für ein Vorprojekt bewilligt. Der Auftrag wurde an Götz Partner Architekten AG in Schaffhausen vergeben. Der Stadtrat hat bereits Skizzen erhalten. Die überzeugendste Variante wird jetzt weiter bearbeitet. Das Areal Irmiger muss umgezont, die Fragen der Betreiber und der Finanzierer müssen geklärt werden. Der Stadtrat hofft, bald eine Vorlage bringen zu können. **Franz Marty, CVP,** macht darauf aufmerksam, dass die Umzonung Zeit beansprucht. **René Meile** bejaht; das muss parallel laufen.

Arthur Cantieni fordert seine Ratskollegen auf, lauter zu sprechen, damit die Zuschauer ebenfalls erfahren, was verhandelt wird.

Pos. 620.314.06: **Richard Schlatter, Pro Stein,** stellt fest, dass die Kosten für den Unterhalt der WC-Anlagen um 20% höher budgetiert sind. Die Toilette am Undertor ist unsere Visitenkarte. In welchem Projekt sind Sanierungen vorgesehen? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, mit der Neugestaltung der Schifflände werde das WC beim Undertor saniert und ev. erweitert, verbunden mit der Schaffung von Veloparkplätzen. Auch die Fragen rund um die Suumetzg und um die Toiletten an der Schifflände sind offen. Seit ein neues Unternehmen die WCs reinigt, haben die Reklamationen aufgehört. Auch wurde die Reinigung der Toiletten am Bahnhof durch die Stadt übernommen.

Pos. 651.480.00 und Pos. 620.434.00: **André Ullmann, Pro Stein,** bemängelt, dass bei den Parkgebühren sich die Einnahmen nicht wie erhofft entwickeln und andererseits dem Parkplatzfonds mehr Geld entnommen wird. Dazu stellt er zwei Fragen:

1. Wie sieht die Rechnung des Parkplatzfonds aus?
2. Welche Gegenmassnahmen sieht der Stadtrat vor?

Stadtpräsident Franz Hostettmann antwortet, die Entnahmen aus dem Parkplatzfonds seien mit der GPK eingehend besprochen worden. Der Stadtrat ist der Meinung, eine Anpassung des Reglements sei nicht notwendig. Er wird die Entnahmen in Zusammenarbeit mit der GPK prüfen.

Pos. 790.318.00: **Richard Schlatter, Pro Stein,** erkundigt sich, ob die Beiträge für das Geothermieprojekt von Bund und Kanton jetzt zugesichert seien, was **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bejaht.

Pos. 942.314.07: **Georg Berner, parteilos,** möchte wissen, ob es sich hier um jährlich wiederkehrende Kosten handle. **Baureferent Beat Hug** bejaht. Ein Teil der Kosten wird den Mietern verrechnet. **Zentralverwalter Martin Furger** nennt die Beträge: Fr. 42'000 bezahlen die Mieter, Fr. 12'000 bleiben, jährlich wiederkehrend, für die Stadt. Es bestehen diesbezügliche Vereinbarungen mit den Mietern. **Georg Berner** hat festgestellt, dass im Budget 2010 nur Fr. 3'000 enthalten waren. **Martin Furger** erklärt, es hätten sich Kosten ergeben, die nicht in die Mietverträge aufgenommen wurden, die aber von Fremdunternehmen ausgeführt werden müssen.

Seite 86, Pos. 700, Wasserversorgung: **André Ullmann, Pro Stein,** äussert folgenden Wunsch: Wenn dem Einwohnerrat die nächste grosse Vorlage zur Wasserversorgung vorgelegt wird, ist gleichzeitig ein Zeitplan beizulegen, damit sich der Rat einen Überblick verschaffen kann. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** berichtet, die notwendigen Massnahmen seien bereits eingeleitet, der Zeitplan wird angepasst.

Pos. 942.503.20: **Richard Schlatter, Pro Stein,** erkundigt sich zum Parkhaus Undertor, wie der Kommentar zu verstehen sei. **Zentralverwalter Martin Furger** erklärt, durch Ablehnung des Projekts werde dieser Betrag nicht gebraucht. Aber auch die Gegenrechnung unter Position 942.791.00 entfällt.

Pos 12 Seite 96 / 97: **Zentralverwalter Martin Furger** antwortet hier auf André Ullmanns Frage betreffend Parkplatzfonds. Diese Zahlen zeigen, dass 2011 der Ertrag insgesamt rund 27'000 Franken höher ausfallen wird als der Aufwand.

Kommentar zur Künstlerwohnung Chretzeturm Seite 101**: André Ullmann, Pro Stein,** fragt an, wie die Windler-Stiftung sich zu dieser Wohnung stelle. Aus der Aussage, es dürfe kein Automatismus erwartet werden, könnte man schliessen, dass eines Tages die Stadt diese Kosten tragen muss. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** berichtet, sowohl in der Stiftung wie im Stadtrat sei die Frage diskutiert worden, wo die Wohnung zuzuordnen sei, in der Buchhaltung der Stiftung oder derjenigen der Stadt. Man kam zum Schluss, sie gehöre in die Buchhaltung der Stadt, die Stiftung aber garantiert die Finanzierung mit einem Mindestbeitrag von jährlich Fr. 65'000 auf längere Zeit. **Franz Marty, CVP,** fordert den Stadtrat auf, sich Gedanken zu machen, wie es mit der Künstlerwohnung weitergehen soll. Durch den Wegfall des Kuratoriums hat sich die Situation verschlechtert. Was unternimmt der Stadtrat, dass die Wohnung auch nach aussen wieder einen Stellenwert erhält? Man weiss ja heute kaum dass jemand anwesend ist. **Franz Hostettmann** antwortet, vorläufig sei noch ein kleines Kuratorium vorhanden, und Michel Guisolan ist zuständig für die Bewirtschaftung. Die Frage stellt sich, ob die Wohnung der Kulturkommission zugeordnet werden soll.

Rückkommen

Roland Häberli, GPK, erklärt, die Ablehnung des Parkhauses habe durchaus Einfluss auf den Voranschlag, indem bei den Zinsen Fr. 20'000 wegfallen.

Franz Marty, CVP, kommt auf Pos. 200.302.00, Besoldung der Kindergärtnerinnen zurück. Diese wird steigen, da mehr Kinder eingeschult werden. Warum ist diese Erhöhung nicht budgetiert? Welche Strategie verfolgt der Stadtrat bei den Kindergärten? **Schulreferentin Heidi Schilling** berichtet, es seien Verhandlungen mit Hemishofen geführt worden. Diese haben zu keinem Ziel geführt. Wir kennen die Auswirkungen noch nicht, die Planung ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben in den nächsten zwei Jahren tatsächlich 18 Kindergärtner mehr, doch dann geht die Zahl bereits wieder zurück. Die Vorlage ist im März 2011 zu erwarten. **Franz Marty** geht in diesem Fall davon aus, dass sich der Stadtrat bereits für den Waldkindergarten entschieden hat. **Heidi Schilling** berichtet, das sei unter anderem auch diskutiert wor-

den. Ab August 2011 werden die Kosten zunehmen. Doch ob ein Waldkindergarten geführt wird, bestimmt nicht die Schulbehörde. Er wäre allerdings die günstigste Lösung. **Franz Marty** weist darauf hin, dass ein Waldkindergarten nicht die gleiche Grösse hat. Er wünscht, dass das zur Chefsache erklärt wird. Für den Transport der Kinder könnte man sich mit Wagenhausen in Verbindung setzen, denn diese Gemeinde führt einen Schulbus. **Heidi Schilling** bestätigt intensive Diskussionen mit Hemishofen, doch eine Lösung ist noch offen. Wir müssen auch eine gewisse Flexibilität zeigen. In der Vorlage sind alle Fakten enthalten. **Franz Marty** wendet ein, wenn diese Vorlage erst im März 2011 komme, könne der Einwohnerrat nur noch zustimmen.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Antrag der Geschäftsprüfungskommission, welcher lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass der Voranschlag den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen entspricht. Sie beantragt, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Beschluss:

Dem Voranschlag laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2011 wird zugestimmt. (einstimmig)

Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2011 eine Gemeindesteuer von 96% zu erheben. (11 Ja- gegen 1 Nein-Stimmen)

Mitteilung an:
GPK, Markus Oderbolz, Hemishoferstrasse 68, 8260 Stein am Rhein
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 4

43 00.40.010 BAU, Entsorgung und Umweltschutz, Entsorgung allgemein
Entsorgungsverband Bezirk Stein
Teilrevision der Verbandsstatuten

Stadtpräsident Franz Hostettmann nimmt Stellung zur stadträtlichen Vorlage. Die gesetzlichen Vorgaben verlangen eine Anpassung. Das war eine langwierige Angelegenheit, die Statuten mussten mehrmals an den Kanton eingereicht werden. Es geht um die Demokratisierung der Zweckverbände. Dann geht er auf einzelne Positionen ein und erläutert deren Bedeutung. Bei der Vorprüfung erklärte das zuständige Departement, die Statuten könnten so genehmigt werden.

Eintretensdebatte
Jörg Derrer, SP, teilt mit, seine Fraktion begrüsse die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden. Der Entsorgungsverband bewährt sich gut. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Werner Käser, FDP, führt aus, die bürgerliche Fraktion habe dieses Geschäft nicht sehr lange diskutieren müssen. Das Gemeindegesetz verlangt, dass der Einwohnerrat über die Statuten von Zweckverbänden befinden muss. Deshalb passte der Entsorgungsverband seine Statuten der neuen Rechtslage an. Die Neuerungen sind vornehmlich redaktioneller Art. Die einzige inhaltliche Änderung betrifft Artikel 23, in welchem die Haftung der Gemeinden für ungedeckte Betriebskosten nicht mehr an einen Frankenbeitrag pro Einwohner gebunden ist. Diese Neuerung kann die bürgerliche Fraktion nachvollziehen. Sie ist zudem überzeugt, dass die Anpassung der Verbandsstatuten in keiner der angeschlossenen Gemeinden bestritten ist. Daher befürwortet sie Eintreten und wird zustimmen.

Für die **Pro Stein**, erklärt **Guido Lengwiler**, sei die Anpassung Formsache. In diesem Verband klappt es bestens. Im Vergleich mit anderen Gemeinden sind die Gebühren seit Jahrzehnten tief. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird ebenfalls zustimmen.

Ratspräsident Arthur Cantieni schlägt vor, auf die Detailberatung zu verzichten. Der Einwohnerrat ist damit stillschweigend einverstanden.

Beschluss, einstimmig:

Der Einwohnerrat genehmigt die angepassten Statuten des Entsorgungsverbandes Bezirk Stein.

Mitteilung an:
Entsorgungsverband Bezirk Stein (mit bewilligtem Statutenentwurf)
Gemeinderat Buch (mit bewilligtem Statutenentwurf)
Gemeinderat Hemishofen (mit bewilligtem Statutenentwurf)
Gemeinderat Ramsen (mit bewilligtem Statutenentwurf)
Stadtschreiber (mit bewilligtem Statutenentwurf)
Ablage

Traktandum 5

44 03.35.005 INNERES, Gesetze, Gemeinde
07.30.010 SICHERHEIT, Polizei, Stadtpolizei
Motion Eimer „Jugendschutz“: Fristverlängerung bis 31.12.2011

Stadtpräsident Franz Hostettmann teilt einleitend mit, die Anpassung sei eine komplexe Sache. Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, doch die bereinigte Fassung ist noch nicht so weit. Er geht davon aus, dass ein juristischer Berater beigezogen werden muss. Zudem wird nicht nur die Polizeiverordnung, sondern auch das Leitbild der Polizei angepasst.

Claudia Eimer, parteilos, erklärt, die Motion sei vor einem halben Jahr an den Stadtrat überwiesen worden. Ihr Ziel war es, die Polizeiverordnung mit wenigen Sätzen kurz und bündig so zu ergänzen, dass

1. erzieherische Massnahmen bei geringen Straftaten unmittelbar verfügt werden können;
2. Jugendliche dazu verpflichtet werden können, Bussgelder oder von ihnen verursachte Schäden im Sinne einer erzieherischen Massnahme auch durch gemeinnützige Arbeit abzugelten

und bei den Schulhäusern Schanz und Hopfengarten Hinweistafeln aufzustellen mit dem Wortlaut, dass

1. der Alkoholkonsum Jugendlicher unter 16 Jahren auf öffentlichem Grund verboten ist; dies als wirkungsvolle Massnahme zum Schutze der Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch;
2. es ab 23.00 Uhr für Unberechtigte verboten ist, sich auf den Schulhausarealen aufzuhalten; dies als Massnahme für Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit dem Littering.

Der Stadtrat machte nun aus der Motion eine grosse, langwierige Sache, einen komplexen Themenbereich, indem die gesamte Polizeiverordnung der Stadt Stein am Rhein überarbeitet wird.

Es ist schön und gut, dass die Motion den Anstoss gab zur Überarbeitung der Polizeiverordnung. Das bewegt sich aber auf einer anderen Ebene und hat mit der Motion nur sehr am Rande zu tun. Diese möchte nur der Polizei eine Handhabe geben, bei Verstössen direkt und ohne lange Bürokratie einzugreifen, so wie das schon anderenorts der Fall ist. Es soll eine Hilfestellung sein, welche schlussendlich der ganzen Bevölkerung dient und einem Bedürfnis vieler Steiner entspricht. Vergessen wir nicht, dass die Motion aus dem Gedanken des Jugendschutzes entstanden ist. Claudia Eimer möchte nicht mehr ein oder zwei Jahre warten, bis die Überarbeitung der Polizeiverordnung abgeschlossen ist. Sie wünscht der Arbeitsgruppe, die dem Vernehmen nach aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachgebiete besteht, einen guten Start bei ihrer ersten Sitzung und hofft, die Arbeit möge ihr zügig von der Hand gehen. Deshalb schlägt sie vor, den Antrag des Stadtrates auf Verlängerung der Frist bis 31.12.2011 abzulehnen. Sie stellt den Antrag, die Frist nur bis zur nächsten Einwohnerratssitzung vom 4. März 2011 zu verlängern. Damit hat der Stadtrat drei Monate Zeit, die Motion umzusetzen.

Eintretensdebatte

Franz Marty, CVP, führt aus, die Situation sei eben anders. Die Materie ist komplexer. Der Stadtrat braucht Zeit bis 31. Dezember 2011. Die bürgerliche Fraktion tritt

auf den Antrag von Claudia Eimer nicht ein; sie wird der Fristverlängerung zustimmen. Gleichzeitig möchte die Fraktion vom Stadtrat aber erfahren, in welchem Umfang er die Kommission einzusetzen gedenkt.

André Ullmann, Pro Stein, sieht in der Motion zwei positive Aspekte:

1. Es muss etwas passieren.
2. Die Massnahmen müssen auf ein sicheres Fundament gestellt werden.

Auch die Sofortmassnahmen werden bejaht. Die Arbeitsgruppe sollte sich mit zwei Themen befassen: Zuerst mit den Sofortmassnahmen, dann mit der Überarbeitung der Polizeiverordnung. Die Kosten für die Sofortmassnahmen liegen in der Kompetenz des Stadtrates.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, die Sache sei komplexer als die Motionärin sich dies vorstelle. Das Hauptproblem ist der Vollzug, die Umsetzung der Massnahmen. Das muss juristisch abgesichert sein. Sonst nützen Tafeln nichts. **Claudia Eimer** entgegnet, das werde in anderen Gemeinden auch mit Tafeln gelöst. Ein Jurist hat sich dahingehend geäussert, eine solche könnte sofort aufgestellt werden. Der Stadtrat sollte die Motion jetzt schnell umsetzen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Eine Arbeitsgruppe braucht dafür ungefähr zwei Jahre. So lange will sie nicht warten. Man könnte sich auch bei anderen Gemeinden erkundigen. **Rolf Oster, SP,** hat ein gewisses Verständnis für Claudia Eimers Anliegen. Seit die Motion erheblich erklärt wurde, ist ein halbes Jahr vergangen, ohne dass die Arbeitsgruppe zu einer Sitzung einberufen wurde. Er zweifelt daran, dass der Stadtrat in einem Jahr eine Lösung findet. Deshalb braucht es Sofortmassnahmen. **Ursula Knecht, FDP,** gefällt André Ullmanns Vorschlag. Der Stadtrat bringt an der nächsten Sitzung des Einwohnerrates Vorschläge für die Tafeln und nimmt dann die Arbeit an der Polizeiverordnung auf. **Franz Hostettmann** bittet zu berücksichtigen dass, wenn die Vorlage im März 2011 dem Einwohnerrat unterbreitet werden soll, wegen der Termine sie schon im Januar 2011 vom Stadtrat abgesegnet werden muss. Das liegt zeitlich nicht drin. **Guido Lengwiler, Pro Stein,** erkundigt sich, ob der Stadtrat am 4. März 2011 wenigstens Auskunft geben könne über die Sofortlösung. Dann kann der Einwohnerrat die Sache nochmals beraten. **Claudia Eimer** ist bereit, die Frist bis April zu verlängern. **André Ullmann** hält fest, eine Tafel sei Sache des Stadtrates. Die Kommission sollte zuerst diskutieren, was auf Grund der heutigen Polizeiverordnung machbar ist. Der Stadtrat entscheidet in eigener Kompetenz und informiert an der nächsten Sitzung. **Franz Hostettmann** erklärt, für die Tafeln brauche es keinen Beschluss des Einwohnerrates. Das Problem liegt beim Vollzug. Er ist aber bereit, dem Stadtrat das Aufstellen von Tafeln zu beantragen.

Beschluss:

Mit 7 gegen 5 Stimmen stimmt der Einwohnerrat der Fristverlängerung für die Behandlung der Motion Eimer „Jugendschutz“ um 12 Monate bis 31.12.2011 zu.

Der Antrag von Claudia Eimer, die Frist nur bis zur nächsten Einwohnerratssitzung vom 4. März 2011 zu verlängern, ist somit abgelehnt.

Mitteilung an:
Claudia Eimer, Oehningerstrasse 11, 8260 Stein am Rhein
Franz Hostettmann, Polizeireferent
Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 6

45 03.20. INNERES, Einwohnerrat
03.65.005 INNERES, Wahlen, Gemeinde
Wahl des Ratsbüros für 2011
- Präsidentin oder Präsident
- Vizepräsidentin oder Vizepräsident
- Aktuarin oder Aktuar
- Ernennung einer Protokollführerin
- Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern

Beschluss:

Mit 12 Stimmen wird der bisherige Vizepräsident **Franz Marty, CVP,** zum **Präsidenten des Einwohnerrates** für das Jahr 2011 gewählt.

Ebenfalls mit 12 Stimmen wird der bisherige Aktuar **Richard Schlatter, Pro Stein,** zum **Vizepräsidenten** für das Jahr 2011 gewählt.

Auf Vorschlag der SP-Fraktion wählt der Einwohnerrat **Claudia Eimer, parteilos**, mit 12 Stimmen für das Jahr 2011 zur **Aktuarin.**

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni verabschiedet den zurücktretenden **Protokollführer Werner Vögeli** und überreicht ihm im Namen des Rates ein grosszügiges Präsent.

Mit Akklamation ernennt der Einwohnerrat **Frau Yvonne Widmer,** Stein am Rhein, zur neuen **Protokollführerin.**

Jörg Derrer, SP und **Werner Schmid, FDP** werden einstimmig als Stimmenzähler für das Jahr 2011 bestätigt.

Mitteilung an:
Franz Marty, Undergass 4, 8260 Stein am Rhein
Richard Schlatter, Blaurockstrasse 13, 8260 Stein am Rhein
Claudia Eimer, Oehningerstrasse 11, 8260 Stein am Rhein
Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
Werner Schmid, Bollstieg 6, 8260 Stein am Rhein
Yvonne Widmer, Köhlerweid 28, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 7

46 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
Allgemeine Umfrage

Franz Marty, CVP, dankt seinen Ratskollegen für die ehrenvolle Wahl und lädt alle Anwesenden zu einem Umtrunk im Rothen Ochsen ein.

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni hält kurz Rückblick auf sein Amtsjahr. Die Zusammenarbeit im Parlament war trotz unterschiedlicher Ansichten gut. Sorgen bereiten ihm neben der negativen Stimmung in Stein am Rhein auch die Stimmung in der Schweiz, die Zuwanderung, die Zersiedelung, und die Probleme in der EU. Dann rezitiert er ein Gedicht aus dem Boten vom Untersee mit Gedanken zum Jahreswechsel. Er wünscht allen Anwesenden schöne Feiertage.

Stadtpräsident Franz Hostettmann dankt Arthur Cantieni für die kompetente Leitung der Sitzungen, gratuliert dem neu gewählten Präsidenten Franz Marty und wünscht allen schöne Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Schluss der Sitzung 21.50 Uhr

Stein am Rhein, 27. Dezember 2010 Der Protokollführer